

KURZ UND PRÄGNANT

Kalisalze: Weiterer Aufsuchungsantrag

Nachdem die Firma EAST EXPLORATION PTY LTD aus Australien angekündigt hat, im Raum Küllstedt nach Kalisalzen suchen zu wollen, gibt es nun auch für den Raum um Gräfontonna einen solchen Antrag. Der LINKE-Umweltpolitiker Tilo Kummer nennt es „merkwürdig, dass die Landesregierung über das Vorhaben in Küllstedt informierte, den Gräfontonnaer Antrag jedoch verschwiegen“. Verwundert zeigt er sich auch über die Aufsuchungsanträge des australischen Unternehmens, „da in Thüringen mit Roßleben sogar eine bekannte Lagerstätte vorhanden ist, die mit verhältnismäßig geringem Aufwand wieder genutzt werden könnte. Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie mögliche Investoren entsprechend berät“, so Tilo Kummer, der eine Anfrage an die Landesregierung eingereicht hat. Er fordert von der Gesellschaft zur Verwertung und Verwertung stillgelegte Bergwerksbetriebe (GVV) eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zum Verkauf der Grube Roßleben. Die GVV hatte mit der Begründung, der internationale Kalimarkt wäre so schlecht, die Verhandlungen mit einer Thüringer Gesellschaft beendet. Tilo Kummer hofft, dass in Roßleben ein Kalibergbau ohne Haldenerrichtung und ohne Einleitung von Salzabwässern in Gewässer möglich wird. ■

Kommunale Tierheime

Angesichts der Finanznot der Kommunen sind die Tierheime in Thüringen gefährdet. So droht dem Tierheim in Schleiz zum 1. November die Schließung, da der letzte Mitarbeiter über einen geförderten Arbeitsplatz dann aufhören muss. Dies ist kein Einzelfall. „Die Kommunen sind per Gesetz für die Unterbringung herrenloser Tiere zuständig, erhalten aber dafür zu geringe finanzielle Mittel“, so der LINKE Kommunalexperte Frank Kuschel. „Deshalb müssen jetzt andere Lösungen gefunden werden. Wir schlagen vor, dass ein Teil des Hundesteueraufkommens in den Kommunen zweckgebunden für den Unterhalt von Tierheimen genutzt werden kann.“ Frank Kuschel hat eine parlamentarische Anfrage an die Landesregierung eingereicht. Er will wissen, welche kommunal- und haushaltsrechtlichen Instrumente die Gemeinden in Thüringen haben, um ein mögliches Ermessen hinsichtlich einer Zweckbindung des Aufkommens der Hundesteuer auszuüben. Derzeit fließt diese als allgemeine Einnahme in den Verwaltungshaushalt. Im Sinne des Tiereschutzes und des Erhalts der Tierheime sei eine unbürokratische Lösung notwendig. ■

Promi-Anwalt für Verfassungsschützer

Steuergeldverschwendung: LINKE Abgeordnete schaltet Landesrechnungshof ein

Die Landtagsabgeordnete Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion, hat die Bezahlung eines „Verfassungsschutz-Promianwaltes“ für die Begleitung von Mitarbeitern des Thüringer Geheimdienstes, die im Untersuchungsausschuss vernommen wurden, beim Landesrechnungshof Thüringen angezeigt. Hintergrund sind rund 7.000 Euro Steuergelder, die der Verfassungsschutz für die Begleitung von zwei Verfassungsschützern zu je einer Untersuchungsausschuss-Sitzung sponsert.

Bereits im Januar hatte sich Katharina König mit einer Kleinen Anfrage bei der Landesregierung nach der Finanzierung jenes Anwaltes erkundigt, der bereits auffällig oft verschiedene Verfassungsschützer vor unterschiedlichen NSU-Untersuchungsausschüssen vertrat (Bund, Sachsen und Thüringen sowie Trinkaus-UA Thüringen). Das Innenministerium teilte mit, dass der Verfassungsschutz in zwei Fällen insgesamt 7.041 Euro gezahlt habe, wei-

tere 3.000 Euro seien in einem dritten Fall bereits zugesagt gewesen. Obwohl keine ausdrückliche gesetzliche Regelung existiert, begründete die Landesregierung die Finanzierung des Anwalts mit der Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Das Innenministerium verwies auf einen Runderlass über den Rechtsschutz für Bedienstete des Freistaats Thüringen vom 20.09.1994.

Das macht das Ziel maximaler Aufklärung doch sehr fragwürdig

Dieser Runderlass bezieht sich jedoch ausschließlich auf Zivilsachen sowie Strafsachen. Bei Zeugenbefragungen vor dem UA 5/1 und UA 5/2 spielen jedoch weder zivilrechtliche Ansprüche eine Rolle, noch sind die geladenen Zeugen in der Rolle eines Beschuldigten, Tatverdächtigen oder Angeklagten.

Mit einer erneuten Anfrage hakte Katharina König nach und erhielt nun die Antwort, dass aufgrund der besonderen Umstände und der „Schwierigkeit der anwaltlichen Beistandsleistung“ im Untersuchungsausschuss ein Stunden-

satz von 250 Euro angemessen und ortsüblich sei. „Ich wüsste nicht, was einen Zeugenbeistand im Untersuchungsausschuss so viel komplizierter macht als vor einem normalen Gerichtsprozess, es handelt sich hier um eine normale anwaltliche Einzeltätigkeit und da dürfte der Stundensatz entgegen den Ausführungen des Innenministeriums maximal halb so viel betragen als hier berechnet wurde“, äußert die Abgeordnete mit Blick auf den lukrativen Verdienst von damit ungefähr 3.500 Euro für das Platzieren eines Anwaltes neben einem Verfassungsschützer an einem (!) Tag vor dem Untersuchungsausschuss 5/2.

„Angesichts der Tatsache, dass die Zeugen auch gerade über das Treiben im Verfassungsschutz vor dem Untersuchungsausschuss vollständig und wahrheitsgemäß aussagen sollen, der Verfassungsschutz jedoch selbst nicht wenig Geld investiert, um die Zeugen per Anwalt zu begleiten, welcher dann berät, was sie aussagen oder besser nicht aussagen sollen – auch um sich gegebenenfalls nicht zu belasten –, erscheint dieser Vorgang vor dem Hintergrund des Ziels von maximaler Aufklärung doch sehr fragwürdig“, so die Abgeordnete. Natürlich sind die Grundrechte von Zeugen zu wahren, jedem stehe es frei, sich einen Beistand zu holen, „fraglich ist jedoch, ob der Freistaat Thüringen auch für diese bezahlen müsste“. Die Landesregierung erklärte, dass der gewählte Anwalt eine Ü3-Sicherheitsverfügung besitze. Damit hätte er auch zur Vorbereitung Einsicht in drei Verfassungsschutz-Operativ-Akten nehmen können.

Fälle von übermäßiger Alimentierung Einzelner

„Dass die Landesregierung nun erklärt, dass es im Rahmen einer Recherche in den letzten zehn Jahren keinen vergleichbaren Fall in der gesamten Landesregierung und ihren nachgeordneten Behörden, einschließlich dem Thüringer Verfassungsschutz, gab, in dem ein Rechtsanwalt mit Ü3-Überprüfung für die Behörden tätig wurde, ist ebenso erstaunlich wie der Umstand, dass im Thüringer Verfassungsschutzamt selbst neun Juristen mit Ü3-Sicherheitsermächtigung angestellt sind. Man hätte die ganze ohnehin fragwürdige Aktion sogar kostenfrei mit einem der Hausjuristen haben können.“

Für Katharina König steht nun der Verdacht der Steuergeldverschwendung im Raum. Sie hat den Vorgang beim Landesrechnungshof zur weiteren Prüfung angezeigt. „Ob Regierungssprecher, Staatskanzleichef oder Verfassungsschützer, der neuerliche Vorfall reiht sich ein in eine Vielzahl von Fällen übermäßiger Alimentierung von Einzelpersonen durch die Landesregierung.“ ■

Netzwerk für Willkommenskultur

Kürzlich waren die Landtagsabgeordneten Ina Leukefeld und Karola Stange auf Informationsstour im Erfurter Welcome Center Thuringia und anschließend im European Career Center Erfurt (EECE). Dabei ging es um die bessere Integration von Menschen, die nach Thüringen ziehen. Fazit der LINKE-Abgeordneten: „Thüringen braucht einen ressortübergreifenden Ansatz, der über ein Netzwerk für Integration und Willkommenskultur alle an einen Tisch bringt, so dass die Kompetenzen gebündelt werden. Notwendig ist eine Kooperationsvereinbarung, um Doppelstrukturen zu vermeiden und effektive Lösungsansätze zu fördern.“

Das Welcome Center Thuringia, direkt gegenüber vom Erfurter Hauptbahnhof gelegen und als Außenstelle der Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung (ThaFF) noch nicht ein Jahr in Funktion, ist schon heute ein wichtiger Anlaufpunkt für Menschen, die nach Thüringen ziehen und hier auf vielfältige Probleme – von der Arbeitsuche bis zu Behördengängen – stoßen. Aber auch Unternehmen melden sich vermehrt. „Die Mitarbeiterinnen und der Geschäftsführer, Andreas Knurr, sind äußerst engagiert. 4.800 Beratungen in nicht einmal einem Jahr sind ein gutes Zeugnis. Hier und auch bei unserer



zweiten Tagesstation herrschte großes Einvernehmen, dass Willkommenskultur weit mehr als nur Fachkräftegewinnung ist und dass vor allem auch die vom Wirtschaftsministerium mit ausgehandelten Qualitätsstandards bei der Anwerbung ausländischer Fachkräfte noch eine Konkretisierung brauchen“, so Ina Leukefeld, Arbeitsmarktpolitikerin.

Das European Career Center Erfurt, eines von vier regionalen Europaservicebüros, zeichnet sich durch eine hohe Dichte transnationaler Kontakte und Verbindungen zu den regionalen Unternehmen aus. „Es ist sehr wichtig, dass mit dem EECE wichtige internationale Kontakte allen Unternehmen der Region zur Verfügung stehen. Hier ist es sinnvoll, die Vernetzung weiter auszubauen, gerade auch im Sinne eines weltoffenen Erfurts und Thüringens“, sagte Karola Stange, Sozialpolitikerin und direkt gewählte Erfurter Abgeordnete. ■